



Einführung der beweissicheren Atemalkoholprobe

Ergebnisse des Anhörungsverfahrens

Inhaltverzeichnis

1. Allgemeines.....	3
2. Anhörungsteilnehmende.....	3
3. Tabellarische Übersicht über die eingegangenen Antworten.....	3
4. Übersicht über den Inhalt der Stellungnahmen	3
5. Beibehaltung der Möglichkeit zur Durchführung von Atemalkoholproben mit den bisherigen Atemalkoholtestgeräten.....	4
6. Durchführung der Atemalkoholprobe mittels beweissicherem Atemalkoholmessgerät (Geräteanforderungen)	4
7. Änderung der Verordnung über den militärischen Strassenverkehr	5
8. Protokollierung der Atemalkoholprobe mittels beweissicherem Atemalkohol- messgerät.....	5
9. Weitere Bemerkungen	5
Anhang 1: Tabellarische Übersicht über die eingegangenen Stellungnahmen	8
Anhang 2: Liste der Adressaten	11
Anhang 3: Fragebogen.....	21
Anhang 4: Abkürzungsverzeichnis der Anhörungsteilnehmenden	23

1. Allgemeines

Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) führte vom 17. November 2014 bis zum 17. Februar 2015 eine Anhörung zur Einführung der beweissicheren Atemalkoholprobe durch. Zur Umsetzung dieser Massnahme auf Verordnungsebene wurden Entwürfe von insgesamt drei Verordnungsänderungen (SKV¹, VMSV², VSKV-ASTRA³) zur Diskussion gestellt. Zudem wurden den Anhörungsteilnehmenden redaktionelle Anpassungen von Bestimmungen der Verkehrsregelverordnung (VRV; SR 741.11), der Verkehrszulassungsverordnung (VZV; SR 741.51) sowie der Fahrlehrerverordnung (FV; SR 741.522) unterbreitet.

2. Anhörungsteilnehmende

Zur Anhörung wurden neben den ständigen Adressaten gemäss Artikel 4 Absatz 2 Buchstaben a bis d des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren (VIG; SR 172.061) 50 weitere Organisationen eingeladen. Beim ASTRA sind insgesamt 50 Stellungnahmen eingegangen. 23 Kantone, 2 in der Bundesversammlung vertretene politische Parteien, 2 gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie der Wirtschaft sowie 23 weitere Organisationen haben geantwortet.

3. Tabellarische Übersicht über die eingegangenen Antworten

	Total begrüsst	Antworten Begrüsste	Antworten nicht Begrüsste	Total Antworten
Kantone	26	23	-	23
Parteien	12	2	-	2
Dachverbände	11	2	-	2
Weitere Organisa- tionen	50	15	8	23
Private	-	-	-	-
Total	99	42	8	50

4. Übersicht über den Inhalt der Stellungnahmen

Eine tabellarische Übersicht über den Inhalt der eingegangenen Stellungnahmen findet sich im Anhang 1.

¹ Strassenverkehrskontrollverordnung (SKV; SR 741.013)

² Verordnung über den militärischen Strassenverkehr (VMSV; SR 510.710)

³ Verordnung des ASTRA zur Strassenverkehrskontrollverordnung (VSKV-ASTRA; SR 741.013.1)

5. Beibehaltung der Möglichkeit zur Durchführung von Atemalkoholproben mit den bisherigen Atemalkoholtestgeräten (Änderung der SKV)

Die Möglichkeit, die heutigen Atemalkoholtestgeräte im Bereich von 0,50 bis 0,79 Promille (neu 0,25 – 0,39 mg/l) weiterhin einzusetzen und die Resultate dieser Tests unterschriftlich anzuerkennen, wird mit Ausnahme einer Organisation (TCS) von allen Anhörungsteilnehmenden befürwortet. Von allen Befürwortenden wird betont, dass sich die Verwendung von Atemalkoholtestgeräten in diesem Bereich bewährt habe und die Tests einfach, effizient und kostengünstig durchführbar seien. Es wird jedoch auch zu bedenken gegeben, dass das Risiko von Falschmessungen bestehe und es deshalb wichtig sei, dass die Möglichkeit, eine Blutprobe zu verlangen, nach wie vor bestehen bleibe.

Eine kleine Minderheit (SZ, SGV, Gastro) wünscht sich aus Gründen der Klarheit und Prävention, dass die Atemalkoholtestgeräte die Werte nach wie vor in Promille angeben und damit weiterhin eine Umrechnung in eine Blutalkoholkonzentration erfolgen soll.

Der TCS spricht sich als Einziger ausdrücklich gegen die Weiterverwendung der Atemalkoholtestgeräte im Übertretungsbereich aus. Er erachtet die Tests mit diesen Geräten als fehleranfällig und ist der Meinung, dass eine Überprüfung mittels Blutprobe deshalb eigentlich immer angezeigt wäre. Die Atemalkoholmessgeräte hingegen seien deutlich präziser und zuverlässiger, weshalb diese generell (d.h. unabhängig von der Alkoholmenge) als gesetzliches Beweisführungsmittel dienen sollten. Weiter wendet er ein, dass die Beibehaltung der Atemalkoholtests dazu führen werde, dass drei verschiedene Beweisverfahren parallel existieren. Dies könne zu Missverständnissen führen.

Der Parallelität der verschiedenen Verfahren eher ablehnend gegenüber steht auch der Kanton Freiburg. Er spricht sich dafür aus, dass diese lediglich während einer Übergangsfrist nebeneinander existieren sollten.

6. Durchführung der Atemalkoholprobe mittels beweissicherem Atemalkoholmessgerät – Anforderungen an die Geräte (Änderung der SKV)

Von den Anhörungsteilnehmenden haben sich nur ein Kanton und zwei Organisationen (AG, LUPOL, KF) ausdrücklich gegen die an die Atemalkoholmessgeräte zu stellenden technischen Anforderungen ausgesprochen. Die übrigen Anhörungsteilnehmenden begrüssen diese grundsätzlich und erachten sie als wichtige Voraussetzung für die Beweisführung. Sie haben aber auch gewisse Vorbehalte und Befürchtungen angebracht.

Hauptvorbehalte mehrerer Anhörungsteilnehmender (ACVS, bfu, KKJPD, BE, BL, SO, LU, ZH, FussCH, PHS, ProV, SVSP, RCS) bestehen hinsichtlich Grösse und Handlichkeit der zu beschaffenden Geräte. Es wird die Frage aufgeworfen, ob aufgrund der Anforderung, dass die Alkoholmessgeräte dieselbe Atemluftprobe mittels zweier unabhängiger Verfahren messen müssen, überhaupt handliche Geräte auf den Markt gebracht werden können. Dies wäre aber unabdingbar, um sie in Patrouillenfahrzeugen mitzuführen und vor Ort einzusetzen. Ansonsten könnte die angestrebte Effizienzsteigerung im Sinne der Vereinfachung der polizeilichen Abläufe (hinsichtlich Kosten, Grösse und Einsatzmöglichkeiten) und damit der Hauptvorteil des Einsatzes von Alkoholmessgeräten nicht erreicht werden. Die hohen Anschaffungskosten würden sich dann nicht rechtfertigen.

Zudem wird von einem Kanton (BS) und einer Organisation (SGRM) hervorgehoben, dass die Atemalkoholmessung zeitnah zum rechtsrelevanten Ereignis erfolgen müsse, da aus wissenschaftlichen Gründen eine standardisierte Rückrechnung auf die Atemalkoholkonzent-

ration zum Zeitpunkt des Ereignisses nicht möglich sei. Sie schlagen deshalb vor, dass eine Blutprobe durchzuführen ist, wenn nach der Kontrolle zu viel Zeit verstreicht, bis die Atemalkoholmessung erfolgen kann.

Zwei Kantone (BE, LU) und sechs Organisationen (bfu, LUPOL, FussCH, PHS, ProV, SGRM) sprechen sich dafür aus, dass es für die Polizei auch in Zukunft immer (d.h. nicht nur in den klar geregelten Fällen) möglich sein sollte, anstelle der Atemalkoholmessung mit einem Atemalkoholmessgerät eine Blutprobe durchführen zu lassen.

Ein Kanton (AG) spricht sich ausdrücklich gegen die vorgeschlagenen Geräteanforderungen aus. Er ist der Ansicht, dass auch bei Werten ab 0,80 Promille (neu 0,40 mg/l) Geräte eingesetzt werden sollten, die die Atemalkoholkonzentration mittels einfachem Messverfahren ermitteln, wobei jährliche Eichungen wichtig seien. Damit wäre gewährleistet, dass auch nach wie vor handliche und mobile Geräte verwendet werden können.

Ein Kanton (BS) spricht sich zudem für eine Berücksichtigung der Messunsicherheit der Atemalkoholmessgeräte aus.

7. Änderung der Verordnung über den militärischen Strassenverkehr (VMSV)

Mit Ausnahme von zwei Organisationen (VCS, KF) stimmen alle der 41 Anhörungsteilnehmenden, die in diesem Punkt Stellung bezogen haben, den Änderungen zu. Der VCS betont, dass das Alkoholverbot für militärische Fahrzeugführer und Fahrzeugführerinnen auf keinen Fall aufgehoben werden sollte. Die Organisation KF begründet ihre Ablehnung nicht.

8. Protokollierung der Atemalkoholprobe mittels beweissicherem Atemalkoholmessgerät (Änderung der VSKV)

Dieser Vorschlag wird von allen Anhörungsteilnehmenden begrüsst.

9. Weitere Bemerkungen

9.1 Einführungstermin und Übergangsfrist

Viele Anhörungsteilnehmende (AG, BE, FR, GL, SG, TG, ZH, CH Städte, ACVS [mit 1. Juli 2016 einverstanden, sofern Parallelität der Verfahren möglich ist], KKJPD, SVSP, asa, KSSD) fordern ein späteres Inkrafttreten. Die Teilnehmenden, die ein konkretes Datum für die Verschiebung angeben, nennen den 1. Januar 2017. Die Forderungen werden damit begründet, dass für die Umsetzung mehr Zeit benötigt werde. Vor allem die Budgetierung und Beschaffung der Atemalkoholmessgeräte erfordere mehr Zeit, aber auch die Schulung des Personals sowie die Anpassung der Formulare. Zudem erschwere eine Änderung Mitte Jahr die statistische Erfassung (Vorher-Nachher-Vergleich). Ein Kanton (AG) spricht sich für eine Übergangsperiode aus, während der die Verwendung beider Masseinheiten zulässig sein sollte.

9.2 Einheitliche Einführung

Ein Kanton (AG) spricht sich für eine einheitliche Durchführung der Schulung und Weiterbildung an den Polizeischulen aus. Es sollte deshalb auf die Einheitlichkeit der Geräte und die gleichzeitige Einführung in der ganzen Schweiz geachtet werden.

9.3 Anspruch der kontrollierten Person auf eine beweissichere Atemalkoholprobe

Ein Kanton (LU) bemängelt, dass aus den Bestimmungen nicht klar hervorgehe, ob die betroffene Person Anspruch auf die Durchführung einer beweissicheren Atemalkoholprobe mit einem Alkoholmessgerät habe oder die Polizei das Verfahren bestimmen dürfe. Diese Frage könne dann relevant werden, wenn die betroffene Person das Resultat eines Atemalkoholtests nicht anerkenne, kein Atemalkoholmessgerät vorhanden sei und bei der betroffenen Person deshalb eine mit weitaus höheren Kosten verbundene Blutprobe durchgeführt werden müsste. Gegebenenfalls seien die Bestimmungen dahingehend zu ergänzen, wonach die Polizei das Verfahren bestimmen kann.

9.4 Blutprobe bei Mischkonsum

Mehrere Anhörungsteilnehmende (TG, BL, ZH, SVSP, ACVS, KKJPD, KSSD) sind der Auffassung, dass die vorgeschlagenen Bestimmungen den Fall des Mischkonsums (Alkohol, Drogen) nicht abdecken. Sie schlagen deshalb vor, dass auch dann eine Blutprobe angeordnet werden muss, wenn Anzeichen vorliegen, die nicht allein auf Alkohol zurückzuführen sind.

9.5 Unmöglichkeit der Durchführung einer beweissicheren Atemalkoholprobe

Von mehreren Anhörungsteilnehmenden (BL, TG, ZH, CH Städte, ACVS, SVSP, KKJPD, KSSD) wird darauf hingewiesen, dass der vorgeschlagene Wortlaut wonach «eine Blutprobe angeordnet werden kann, wenn Anzeichen von Fahrunfähigkeit vorliegen und die Durchführung einer Atemalkoholprobe unmöglich oder nicht geeignet ist, um die Widerhandlung festzustellen» nicht klar sei und zu restriktiver Auslegung verleite. Der Wortlaut «unmöglich sei» sollte deshalb ersetzt werden durch «nicht durchgeführt werden kann». Damit sei sichergestellt, dass nicht nur die objektive sondern auch die subjektive Unmöglichkeit (z.B. Weigerung) mitumfasst sei. Zudem sei der neu eingeführte Begriff «Anzeichen» zu eng und solle um den im geltenden Recht verwendeten Begriff «Hinweise» ergänzt werden. Damit sei klar, dass auch gestützt auf Zeugenaussagen eine Blutprobe angeordnet werden könne.

9.6 Anspruch auf Durchführung einer Blutprobe

Ein Kanton (LU) ist der Ansicht, dass die kontrollierte Person nur dann eine Blutprobe sollte verlangen können, wenn der vom Atemalkoholtest- oder messgerät angezeigte Wert 0,80 Promille (= 0,40 mg/l) oder mehr beträgt und dies im Verordnungstext auch ausdrücklich festgehalten werden sollte. In den Fällen unter 0,80 Promille sollte die Polizei das Verfahren bestimmen können.

Demgegenüber ist eine Organisation (Gastro) der Ansicht, dass die betroffene Person jederzeit die Durchführung einer Blutprobe sollte verlangen dürfen. Sie sei nach einem positiven Kontrollergebnis generell darauf hinzuweisen. Sollte sie auf die Möglichkeit verzichten, müsse dies ebenfalls unterschriftlich bestätigt werden.

9.7 Kritik an mehrstufigem Verfahren

Zwei Kantone und eine Organisation (TG, ZH, SVSP) befürchten, dass es bei gemessenen Werten unter 0.40 mg/l zu einem mehrstufigen Verfahren kommen könnte. Als Beispiel wird Folgendes ausgeführt: Wenn eine Person das Resultat eines Atemalkoholtests nicht anerkennt, muss eine Atemalkoholprobe mit einem Alkoholmessgerät durchgeführt werden. Falls vor Ort keine Geräte vorhanden sind, muss ein Stützpunkt angefahren werden. Wird die Messung beim Stützpunkt verweigert, muss für eine Blutprobe ins Spital gefahren werden.

Durch dieses mehrstufige Verfahren verstreiche wertvolle Zeit, in der Alkohol abgebaut werde. Dies könne Missbrauch fördern.

9.8 Kommunikation der neuen Masseinheiten

Mehrere Kantone und Organisationen (AR, GE, NE, TG, ZH CH Städte, ACVS, KKJPD, SVSP, KSSD) befürchten, dass die Angabe des gemessenen Wertes in mg/l und mithin die numerische Halbierung der relevanten Grenzwerte zu Verunsicherungen und Missverständnissen in der Bevölkerung führen könnte. Sie fordern daher vom ASTRA entsprechende schweizweite Aufklärungs- und Informationskampagnen.

9.9 Einheitliche Wartezeiten

Von einzelnen Anhörungsteilnehmenden (TG, ZH, SVSP, KSSD, CH Städte) wird aus Praktikabilitätsgründen gefordert, dass für die Atemalkoholtest- und messgeräte eine einheitliche Wartezeit von 20 Minuten vorgeschrieben werde.

9.10 Unterschriftliche Anerkennung auch bei beweissicherer Atemalkoholprobe

Mehrere Organisationen (bfu, FussCH, PHS, ProV) wünschen aus Gründen der besseren Beweisverwertbarkeit, dass auch die Resultate von beweissicheren Atemalkoholproben unterschriftlich anerkannt werden sollten.

Tabellarische Übersicht über den Inhalt der eingegangenen Stellungnahmen

1. Änderung der Strassenverkehrskontrollverordnung (SKV; SR 741.013)

1. Beibehaltung der Möglichkeit zur Durchführung von Atemalkoholproben mit den bisherigen Atemalkoholtestgeräten					
Sind Sie einverstanden, dass mit den heutigen Atemalkoholtestgeräten weiterhin Atemalkoholproben durchgeführt werden und deren Resultate wie bisher im Bereich von 0,50 - 0,79 Promille (neu 0,25 - 0,39 mg/l) unterschriftlich anerkannt werden können (Art. 11 E-SKV)?					

JA (46)					
wovon	Kantone: 23	Parteien: 2	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 1	Dachverbände der Wirtschaft: 1	übrige Stellen: 19

Nein (1)					
wovon	Kantone: 0	Parteien: 0	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 0	Dachverbände der Wirtschaft: 0	übrige Stellen: 1

Keine Stellungnahme / nicht betroffen (2)					
wovon	Kantone: 0	Parteien: 0	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 0	Dachverbände der Wirtschaft: 0	übrige Stellen: 2

Zustimmung: AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, SG, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, ZG, ZH, CVP, SPS, CH Städte, SGV, asa, SVSP, ACVS, KKJPD, SGRM, SCH, RCS, bfu, ProV, KF, CP, Mobatime, ASN, LUPOL, FussCH, KSSD, PHS, Gastro, VCS

Ablehnung: TCS

Keine Stellungnahme / nicht betroffen: FMH, FER

2. Durchführung der Atemalkoholprobe mittels beweissicherem Atemalkoholmessgerät					
Sind Sie einverstanden, dass die Geräte die Anforderungen nach Artikel 7 ff. des Entwurfs der Verordnung des EJPD über Atemalkoholmessmittel (AAMV; SR 941.210.4) erfüllen müssen (Art. 11 ^{bis} Abs. 1 E-SKV)?					

JA (41)					
wovon	Kantone: 21	Parteien: 2	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 1	Dachverbände der Wirtschaft: 1	übrige Stellen: 16

Nein (3)					
wovon	Kantone: 1	Parteien: 0	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 0	Dachverbände der Wirtschaft: 0	übrige Stellen: 2

Keine Stellungnahme / nicht betroffen (5)					
wovon	Kantone: 1	Parteien: 0	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 0	Dachverbände der Wirtschaft: 0	übrige Stellen: 4

Zustimmung: AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, SG, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, ZG, CVP, CH Städte, SGV, SPS, ACVS, KKJPD, TCS, FMH, SGRM, SCH, RCS, bfu, ProV, Mobatime, ASN, FussCH, KSSD, PHS, Gastro, VCS

Ablehnung: AG, LUPOL, KF

Keine Stellungnahme / nicht betroffen: asa, ZH, SVSP, CP, FER

3. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über den militärischen Strassenverkehr (VMSV; SR 510.711) einverstanden?

JA (40)					
wovon	Kantone: 21	Parteien: 2	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 1	Dachverbände der Wirtschaft: 1	übrige Stellen: 15
Nein (2)					
wovon	Kantone: 0	Parteien: 0	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 0	Dachverbände der Wirtschaft: 0	übrige Stellen: 2

Keine Stellungnahme / nicht betroffen (7)					
wovon	Kantone: 2	Parteien: 0	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 0	Dachverbände der Wirtschaft: 0	übrige Stellen: 5

Zustimmung: AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, SG, SO, TG, TI, UR, ZG, ZH; CVP, SPS, CH Städte, SGV, asa, SVSP, ACVS, KKJPD, SCH, RCS, bfu, ProV, TCS, CP, Mobatime, LUPOL, FussCH, KSSD, PHS

Ablehnung: KF, VCS

Keine Stellungnahme / nicht betroffen: SZ, VD, SGRM, FMH, ASN, FER, Gastro

2. Änderung der Verordnung des ASTRA zur Strassenverkehrskontrollverordnung (VSKV-ASTRA; SR 741.013.1)

Sind Sie einverstanden, dass die Seriennummer des Gerätes sowie das Datum und die Uhrzeit der Messung protokolliert werden, um später das Messergebnis der kontrollierten Person zuordnen zu können (Anhang 2 E-VSKV-ASTRA, Ziffer 10.1 des Protokolls)

JA (47)					
wovon	Kantone: 23	Parteien: 2	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 1	Dachverbände der Wirtschaft: 1	übrige Stellen: 20

Nein (0)					
wovon	Kantone: 0	Parteien: 0	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 0	Dachverbände der Wirtschaft: 0	übrige Stellen: 0

Keine Stellungnahme / nicht betroffen (2)					
wovon	Kantone: 0	Parteien: 0	Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: 0	Dachverbände der Wirtschaft: 0	übrige Stellen: 2

Zustimmung: AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, SG, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, ZG, ZH, CVP, CH Städte, SPS, SGV, asa, SVSP, ACVS, KKJPD, SGRM, SCH, RCS, bfu, ProV, TCS, KF, CP, Mobatime, ASN, LUPOL, FussCH, KSSD, PHS, Gastro, VCS

Ablehnung: –

Keine Stellungnahme / nicht betroffen: FMH, FER

Anhang 2

Liste der Adressaten / Liste des participants à l'audition / Elenco die destinatari

1. Kantone / Cantons / Cantoni

Staatskanzlei des Kantons Zürich	Kaspar Escher-Haus 8090 Zürich marianne.lendenmann@sk.zh.ch
Staatskanzlei des Kantons Bern	Postgasse 68 Postfach 840 3000 Bern 8 info@sta.be.ch
Staatskanzlei des Kantons Luzern	Bahnhofstrasse 15 6002 Luzern staatskanzlei@lu.ch
Standeskanzlei des Kantons Uri	Postfach 6460 Altdorf ds.la@ur.ch
Staatskanzlei des Kantons Schwyz	Postfach 6431 Schwyz stk@sz.ch
Staatskanzlei des Kantons Obwalden	Rathaus Postfach 1562 6061 Sarnen staatskanzlei@ow.ch
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden	Dorfplatz Postfach 1246 6371 Stans staatskanzlei@nw.ch
Regierungskanzlei des Kantons Glarus	Rathaus 8750 Glarus staatskanzlei@gl.ch
Staatskanzlei des Kantons Zug	Postfach 156 6301 Zug Info.Staatskanzlei@zg.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg	Rue des Chanoines 17 1701 Fribourg chancellerie@fr.ch relationexterieures@fr.ch

Staatskanzlei des Kantons Solothurn	Rathaus Barfüssergasse 24 4509 Solothurn kanzlei@sk.so.ch
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt	Marktplatz 9 Postfach 4001 Basel staatskanzlei@bs.ch
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft	Rathausstrasse 2 4410 Liestal landeskanzlei@bl.ch
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen	Beckenstube 7 8200 Schaffhausen staatskanzlei@ktsh.ch
Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Auser- rhoden	Regierungsgebäude Postfach 9102 Herisau Kantonskanzlei@ar.ch
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden	Marktgasse 2 9050 Appenzell info@rk.ai.ch
Staatskanzlei des Kantons St. Gallen	Regierungsgebäude 9001 St. Gallen info.sk@sg.ch
Standeskanzlei des Kantons Graubünden	Reichsgasse 35 7001 Chur info@gr.ch
Staatskanzlei des Kantons Aargau	Regierungsgebäude 5001 Aarau staatskanzlei@ag.ch
Staatskanzlei des Kantons Thurgau	Regierungsgebäude 8510 Frauenfeld staatskanzlei@tg.ch
Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	Residenza Governativa 6501 Bellinzona can-scads@ti.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud	Château cantonal 1014 Lausanne info.chancellerie@vd.ch

Chancellerie d'Etat du Canton du Valais	Palais du Gouvernement 1950 Sion Chancellerie@admin.vs.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel	Château 2001 Neuchâtel Secretariat.chancellerie@ne.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève	Case postale 3964 1211 Genève 3 service-adm.ce@etat.ge.ch
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura	Rue du 24-Septembre 2 2800 Delémont chancellerie@jura.ch
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) Conferenza dei Governi cantonali (CdC)	Sekretariat Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 444 3000 Bern 7 mail@kdk.ch

2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / Partis politiques représentées à l'Assemblée fédérale / Partiti rappresentanti nell'Assemblea federale

Bürgerlich-Demokratische Partei BDP Parti bourgeois-démocratique PBD Partito borghese democratico PBD	BDP Schweiz Postfach 119 3000 Bern 6 mail@bdp.info
Christlichdemokratische Volkspartei CVP Parti démocrate-chrétien PDC Partito popolare democratico PPD	Postfach 5835 3001 Bern info@cvp.ch
Christlich-soziale Partei Obwalden csp-ow	c/o Stefan Keiser Enetriederstrasse 28 6060 Sarnen wyrsch.w@bluewin.ch
Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis	Geschäftsstelle CSPO Postfach 3980 Visp info@cspo.ch
Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP Parti évangélique suisse PEV Partito evangelico svizzero PEV	Nägeligasse 9 Postfach 294 3000 Bern 7 vernehmlassungen@evppev.ch
FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. I Liberali Radicali	Sekretariat Fraktion und Politik Neuengasse 20 Postfach 6136 3001 Bern jean-richard@fdp.ch hofer@fdp.ch
Grüne Partei der Schweiz GPS Parti écologiste suisse PES Partito ecologista svizzero PES	Waisenhausplatz 21 3011 Bern gruene@gruene.ch
Grünliberale Partei glp Parti vert'libéral pvl	Postfach 367 3000 Bern 7 schweiz@grunliberale.ch
Lega dei Ticinesi (Lega)	Lega die Ticinesi casella postale 4562 6904 Lugano lorenzo.quadri@mattino.ch

Mouvement Citoyens Romand (MCR)	c/o Mouvement Citoyens Genevois (MCG) CP 340 1211 Genève 17 info@mcge.ch
Schweizerische Volkspartei SVP Union Démocratique du Centre UDC Unione Democratica di Centro UDC	Postfach 8252 3001 Bern info@svp.ch
Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS Parti socialiste suisse PSS Partito socialista svizzero PSS	Postfach 7876 3001 Bern verena.loembe@spschweiz.ch

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / Associations faïtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / Associazioni mantello nazionali die Comuni, delle città e delle regioni di montagna

Schweizerischer Gemeindeverband	Laupenstrasse 35 Postfach 8022 3001 Bern verband@chgemeinden.ch
Schweizerischer Städteverband	Monbijoustrasse 8 Postfach 8175 3001 Bern info@staedteverband.ch
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	Postfach 7836 3001 Bern info@sab.ch

4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / Associations faïtières de l'économie qui œuvrent au niveau national / Associazioni mantello nazionali dell'economia

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation	Postfach 8032 Zürich info@economiesuisse.ch bern@economiesuisse.ch
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) Union suisse des arts et métiers (USAM) Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM)	Postfach 3001 Bern info@sgv-usam.ch

Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	Hegibachstrasse 47 Postfach 8032 Zürich verband@arbeitgeber.ch
Schweizerischer Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera die contadini (USC)	Haus der Schweizer Bauern Laurstrasse 10 5200 Brugg info@sbv-usp.ch
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) Association suisse des banquiers (ASB) Associazione svizzera dei banchieri (ASB) Swiss Bankers Association	Postfach 4182 4002 Basel office@sba.ch
Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)	Postfach 3000 Bern 23 info@sgb.ch
Kaufmännischer Verband Schweiz (KV Schweiz) Société suisse des employés de commerce (SEC Suisse) Società svizzera degli impiegati di commercio (SIC Svizzera)	Postfach 1853 8027 Zürich hansueli.schuetz@kvschweiz.ch
Travail.Suisse	Postfach 5775 3001 Bern info@travailsuisse.ch

5. Übrige / Autres /Altri

Vereinigung der Strassenverkehrsämter asa	Thunstrasse 9 Postfach 3000 Bern 6 info@asa.ch
Interkantonale Kommission für den Strassenverkehr IKST	IKST-Geschäftsstelle c/o Strassenverkehrsamt des Kantons Aargau Postfach 5001 Aarau info@ikst.ch
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren KKJPD	Haus der Kantone Speichergasse 6 3011 Bern
Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz KKPKS	Postfach 3000 Bern 7
Verkehrskommission der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz KKPKS und der Schweizerischen Vereinigung Städtischer Polizeichefs SVSP	info@kkjpd.ch kkpks@kkjpd.ch

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs KöV	Marcel.Jann@ur.ch info@koev.ch
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren GDK	office@gdk-cds.ch
Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektoren/innen der Schweiz KSSD	c/o Stadt Zürich Polizeidepartement Bahnhofquai 3 Postfach 8021 Zürich info@kspd.net
Schweizerische Vereinigung Städtischer Polizeichefs SVSP	Stadtpolizei Obertor 13 8402 Winterthur info@svsp.info
Arbeitsgemeinschaft der Chefs der Verkehrspolizeien der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein ACVS	Sekretariat / Polizei Basel-Landschaft Brühlstrasse 43 4415 Lausen simone.wenk@bl.ch
Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH	Elfenstrasse 18 Postfach 300 3000 Bern 15 info@fmh.ch
Schweizerische Gesellschaft für Rechtsmedizin SGRM, Sektion Verkehrsmedizin	Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich Kurvenstrasse 31 8006 Zürich munira.haag@irm.uzh.ch
Sucht Schweiz	Sucht Schweiz Av. Louis-Ruchonnet 14 1003 Lausanne info@suchtschweiz.ch
Trägerverein Alkohol – am Steuer nie!, Schweiz	Ottikerstrasse 10 8006 Zürich info@fachstelle-asn.ch
Blaues Kreuz Schweiz	Geschäftsstelle Lindenrain 5 3012 Bern info@blaueskreuz.ch
Fondation Nez rouge	Case postale 2129 2800 Delémont fondation@nezrouge.ch
RoadCross Schweiz	Zweierstrasse 22 8004 Zürich info@roadcross.ch

Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu	Hodlerstrasse 5a 3011 Bern info@bfu.ch
Schweizerischer Fachverband für Sicherheit auf Strassen SISTRA	Ringstrasse 1 4603 Olten info@sistra.ch
Schweizerischer Verkehrssicherheitsrat VSR	Effingerstrasse 8 3011 Bern info@vsr.ch
Fonds für Verkehrssicherheit FVS	Thunstrasse 9 3005 Bern info@fvs.ch
Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute VSS	Sihlquai 255 8005 Zürich info@vss.ch
Strassenschweiz - Verband des Strassenverkehrs FRS	Wölflistrasse 5 Postfach 690 3000 Bern 22 info@strassenschweiz.ch
Schweizerischer Versicherungsverband SSV	C.F. Meyer-Strasse 14 Postfach 4288 8022 Zürich info@svv.ch
Nationaler Garantiefonds Schweiz	Thurgauerstrasse 101 8152 Glattpark (Opfikon) nbingf@zurich.ch
Nationales Versicherungsbüro Schweiz NVB	Thurgauerstrasse 101 8152 Glattpark (Opfikon) nbingf@zurich.ch
Schweizerische Unfallversicherungsanstalt SUVA	Fluhmattstrasse 1 6002 Luzern medien@suva.ch
Schweizerischer Fahrlehrerverband SFV	Effingerstrasse 8 3011 Bern sekretariat@fahrlehrerverband.ch
Schweizerischer Motorrad-Fahrlehrer-Verband SMFV	Einschlagweg 71 3400 Burgdorf info@smfv.ch

Schweizerischer Auto- und Motorradfahrer- Verband SAM	Zentralverwaltung Firststrasse 15 8835 Feusisberg zv@s-a-m.ch
Les Routiers Suisses LRS	Rue de la Chocolatière 26 1026 Echandens dpiras@routiers.ch
Schweizerischer Nutzfahrzeugverband ASTAG	Wölflistrasse 5 3006 Bern astag@astag.ch
Schweizerischer Fahrrad- und Motorrad- Gewerbe-Verband SFMGV	Entfelderstrasse 11 5000 Aarau info@2radschweiz.ch
Schweizerischer Feuerwehrverband SFV	Morgenstrasse 1 3073 Gümligen r.schmidli@swissfire.ch
IG Motorrad	Postfach 3005 8021 Zürich theodor.klossner@ig-motorrad.ch
Fédération Motocycliste Suisse FMS	FMS Generalsekretariat Zürcherstrasse 305 8500 Frauenfeld sport@swissmoto.org
motosuisse	Marktgasse 38 Postfach 496 3000 Bern 7 info@motosuisse.ch
Pro Velo Schweiz	Birkenweg 61 Postfach 6711 3001 Bern info@pro-velo.ch
Velokonferenz Schweiz	Rechbergerstr. 1 Postfach 938 2501 Biel/Bienne info@velokonferenz.ch

Velosuisse	Marktgasse 38 Postfach 496 3000 Bern 7 info@velosuisse.ch
Touring Club Schweiz TCS	Chemin de Blandonnet 4 1214 Vernier verkehrssicherheit@tcs.ch
Verkehrsclub der Schweiz VCS	Lagerstrasse 41 Postfach 3360 Herzogenbuchsee vcs@verkehrsclub.ch
Automobilclub der Schweiz ACS	Eigerstrasse 2 3007 Bern stefan.holenstein@acs.ch
Verband öffentlicher Verkehr VöV	Dählhölzliweg 12 3000 Bern 6 info@voev.ch
Konsumentenforum kf	Belpstrasse 11 3007 Bern forum@konsum.ch
Centre Patronal	Kapellenstrasse 14 3001 Bern cpbern@centrepatronal.ch
Dräger Schweiz AG	Waldeggstrasse 30 3097 Liebefeld urs.beerli@draeger.com
Labtec Services AG	Nordstrasse 9 5612 Villmergen beat.luethy@labtec-services
Multanova AG	Industriepark 11 8610 Uster christof-rothen@multanova.ch
Mobatime AG	Stettbachstrasse 5 8600 Dübendorf pboeni@mobatime.ch

Fragebogen

Stellungnahme eingereicht durch:

Kanton: <input type="checkbox"/>	Verband, Organisation, Übrige: <input type="checkbox"/>
Absender:	

1. Änderung der Strassenverkehrskontrollverordnung (SKV; SR 741.013)

1. Beibehaltung der Möglichkeit zur Durchführung von Atemalkoholproben mit den bisherigen Atemalkoholtestgeräten		
Sind Sie einverstanden, dass mit den heutigen Atemalkoholtestgeräten weiterhin Atemalkoholproben durchgeführt werden und deren Resultate wie bisher im Bereich von 0,50 - 0,79 Promille (neu 0,25 - 0,39 mg/l) unterschriftlich anerkannt werden können (Art. 11 E-SKV)?		
<input type="checkbox"/> JA	<input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

2. Durchführung der Atemalkoholprobe mittels beweissicherem Atemalkoholmessgerät		
Sind Sie einverstanden, dass die Geräte die Anforderungen nach Artikel 7 ff. des Entwurfs der Verordnung des EJPD über Atemalkoholmessmittel (AAMV; SR 941.210.4) erfüllen müssen (Art. 11 ^{bis} Abs. 1 E-SKV)?		
<input type="checkbox"/> JA	<input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

3. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über den militärischen Strassenverkehr (VMSV; SR 510.711) einverstanden?		
<input type="checkbox"/> JA	<input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

2. Änderung der Verordnung des ASTRA zur Strassenverkehrskontrollverordnung (VSKV-ASTRA; SR 741.013.1)

Sind Sie einverstanden, dass die Seriennummer des Gerätes sowie das Datum und die Uhrzeit der Messung protokolliert werden, um später das Messergebnis der kontrollierten Person zuordnen zu können (Anhang 2 E-VSKV-ASTRA, Ziffer 10.1 des Protokolls)?		
<input type="checkbox"/> JA	<input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> keine Stellungnahme / nicht betroffen
Bemerkungen:		

3. Bemerkungen

--

Abkürzungsverzeichnis der Anhörungsteilnehmenden

1. Kantone

AG	Aargau
AI	Appenzell Innerrhoden
AR	Appenzell Ausserrhoden
BE	Bern
BL	Basel-Landschaft
BS	Basel-Stadt
FR	Fribourg
GE	Genève
GL	Glarus
GR	Graubünden
JU	Jura
LU	Luzern
NE	Neuchâtel
NW	Nidwalden
SG	St. Gallen
SO	Solothurn
SZ	Schwyz
TG	Thurgau
TI	Ticino
UR	Uri
VD	Vaud
ZG	Zug
ZH	Zürich

2. Politische Parteien

CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
SPS	Sozialdemokratische Partei Schweiz

3. Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie der Wirtschaft

CH Städte	Schweizerischer Städteverband
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband

4. Weitere Organisationen

ACVS	Arbeitsgemeinschaft der Chefs der Verkehrspolizeien der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein
asa	Vereinigung der Strassenverkehrsämter
ASN	Fachstelle ASN
bfu	Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung
CP	Centre Patronal
FER	Fédération des Entreprises Romandes
FMH	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte
FussCH	Fussverkehr Schweiz
Gastro	GastroSuisse
KF	Konsumentenforum
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren
KSSD	Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektoren/innen
LUPOL	Luzerner Polizei

Mobatime	Mobatime AG
PHS	Public Health Schweiz
ProV	Pro Velo Schweiz
RCS	RoadCross Suisse
SCH	Sucht Schweiz
SGRM	Schweizerische Gesellschaft für Rechtsmedizin
SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt
SVSP	Schweizerische Vereinigung städtischer Polizeichefs
TCS	Touring Club Schweiz
VCS	Verkehrsclub der Schweiz